

Helmut Kohl:

Die CDU verkörpert die politische Mitte unseres Volkes

Die gegenwärtig laufende Diskussion über den Standort der CDU ist unsinnig, wirklichkeitsfremd und deshalb überflüssig, erklärte der Parteivorsitzende, Bundeskanzler Helmut Kohl. Jedermann kennt das seit 1978 geltende Parteiprogramm der CDU. Es definiert die CDU als Volkspartei, die sich „an alle Menschen in allen Schichten und Gruppen unseres Volkes“ wendet. Die CDU ist weder eine Rechts- noch eine Linkspartei, sie verkörpert die politische Mitte unseres Volkes.

Seit Konrad Adenauer und Ludwig Erhard bietet sie politische Heimat den Arbeitnehmern wie den Unternehmern, den Landwirten wie dem Mittelstand, der jungen Generation wie den älteren Mitbürgern und nicht zuletzt jenen, die unter den Folgen von Krieg und Gewaltherrschaft in besonderer Weise zu leiden hatten und zu leiden haben. Die CDU hat sich stets für die berechtigten Interessen der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge eingesetzt und wird dies auch in Zukunft tun. Um Sympathie und Verständnis für diese Mitbürger habe ich persönlich in den vergangenen Jahren im In- und Ausland mehr als andere geworben.

Von Anfang an führt die CDU unterschiedliche Standpunkte durch gemeinsame Werte und Ziele zusammen: Christlich-soziales Engagement verbindet sich mit konservativem Gedankengut und liberaler Gesinnung. Wegweisend für unsere Politik aus christlicher Verantwortung ist dabei — so unter-

HEUTE AKTUELL

● PARTEIARBEIT

Alles über Mitgliederwerbung/Seminare für Aktionsleiter in Bonn.

Unser Einsatz für Menschenrechte. Ein Überblick über CDU-Materialien. Seite 4

● CDU

Wählerbasis erhalten und erweitern / Generalsekretär Heiner Geißler erläutert die Arbeitsschwerpunkte der CDU als Volkspartei der Mitte. Seite 5

● STEUERREFORM

Gerhard Stoltenberg: Die Behauptungen der SPD sind falsch und unsinnig. Dazu neue Entlastungsbeispiele für Arbeitnehmer. Seite 9

● KOMMUNEN

Die KPV hat eine „Handreichung für innerdeutsche Städtepartnerschaften“ herausgebracht.

Näheres Seite 15

● SENIOREN-UNION

Ein Aktionsprogramm für die Arbeit der CDU-Verbände. Seite 17

● DOKUMENTATION

Eine Politik für den bäuerlichen Familienbetrieb. Grüner Teil

streicht unser Grundsatzprogramm — „das christliche Verständnis vom Menschen und seiner Verantwortung vor Gott“. Auf dieser programmatischen Grundlage ist die CDU die große Volkspartei geworden und wird es auch bleiben.

In ihrer Regierungsarbeit hat die CDU diese Zielvorstellung in konkrete Politik umgesetzt. In der Politik für die Sicherung des Friedens in Freiheit hat sie die Nato und die Bundeswehr gestärkt. Mit der Nachrüstung wurden die Voraussetzungen für die jetzt möglichen konkreten Abrüstungsvereinbarungen geschaffen. Mit ihrer Deutschlandpolitik hat die von mir geführte Koalition der Mitte das Bewußtsein für die Einheit der Nation geschärft und es ermöglicht, daß mehr Menschen im geteilten Deutschland zueinanderkommen können.

Bei der Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft sind wir weit vorangekommen. Persönliche Leistung ist wieder lohnender. Die Koalition der Mitte setzt die größte Steuersenkung in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland durch. Die mißbräuchliche Ausnutzung des Sozialstaates wurde abgebaut. Zugleich wurden neue Ideen für den gesellschaftlichen Lastenausgleich verwirklicht, die vor allem der Familie und den Kindern zugute kommen. Dies entspricht einer alten Forderung der CDU. Gleichzeitig hat die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung dazu beigetragen, daß die Inflation beseitigt, Wachstum gesichert und unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit gestärkt wurden. Das sind Leistungen für alle Schichten und Gruppen unseres Volkes. Diese Programmatik und Politik der Mitte hat die unionsgeführte Regierung zur erfolgreichsten Regierung in Europa gemacht, wie im Ausland allgemein anerkannt wird.

Deshalb gibt es überhaupt keinen Grund für eine selbstquälnerische Debatte über den

Kurs der CDU. Seit vierzehn Jahren stelle ich mich als Vorsitzender der CDU Deutschland der Verpflichtung, das Erbe von Konrad Adenauer und Ludwig Erhard zu bewahren und zu gewährleisten, daß diese große Volkspartei in ihrer Politik Maß und Mitte bewahrt. Ich werde auch weiterhin meine Pflicht tun und nicht zulassen, daß von diesem erfolgreichen Kurs nach der einen oder anderen Seite abgewichen wird.

Im übrigen werden wir nach der Sommerpause in den Führungen von CDU und CSU gemeinsam die weitere Arbeit besprechen.

Dabei wird es auch um unseren Einsatz für die Achtung der Menschenrechte überall in der Welt gehen. Niemals wird die CDU Gewalt und Terror als Mittel der Politik hinnehmen.

Ebenso unmißverständlich hat sie Folter stets verurteilt und wird dies auch in Zukunft tun. Was die aktuelle Diskussion um die Aufnahme der vierzehn inhaftierten Chilenen anbetrifft, wird die CDU alles unternehmen, um sie vor der Todesstrafe zu bewahren.

Ich erinnere in diesem Zusammenhang an den Beschluß des Bundeskabinetts vom 23. Juli und meine Erklärung vom 29. Juli: Eine Entscheidung über die Aufnahme der Chilenen in der Bundesrepublik Deutschland wird auf der Grundlage gesicherter Tatsachen zu treffen sein, sobald konkreter Entscheidungsbedarf entsteht.

Gegen Unterdrückung und Folter

Die Erklärung vom 29. Juli 1987 lautete:

1. Unter meinem Vorsitz hat das Bundeskabinett am 23. Juli 1987 erneut bekräftigt, daß über die Aufnahme der 14 Chilenen erst dann zu entscheiden ist, wenn

alle maßgeblichen Tatsachen aufgeklärt sind. Es gibt nicht den geringsten Grund, diesen Beschluß abzuändern. Im übrigen besteht gegenwärtig auch keinerlei Entscheidungsbedarf, da die letztinstanzlichen Urteile chilenischer Gerichte noch ausstehen, d.h. rechtskräftige Urteile noch nicht vorliegen.

Zu unseren Bemühungen um eine möglichst rasche und umfassende Aufklärung gehört auch die Chile-Reise, die Norbert Blüm in seiner Eigenschaft als stellvertretender CDU-Bundenvorsitzender in Abstimmung mit mir unternommen hat. Seine Erkenntnisse werden im Meinungsbildungsprozeß der Bundesregierung eine wichtige Rolle spielen. Das gilt aber auch für die noch ausstehenden weiteren Informationen, die zur Zeit auf anderen Wegen eingeholt werden.

Die Bundesregierung wird sich ihr abschließendes Urteil auf der Grundlage gesicherter Tatsachen bilden. Dabei ist ihr ethischer Maßstab die Menschenwürde.

2. Gerade die CDU Deutschlands hat sich stets vorbehaltlos zu der Verpflichtung bekannt, für Freiheit und Menschenrechte auf der ganzen Welt und gegen Unterdrückung und Folter einzutreten. Für uns Deutsche ergibt sich diese Verpflichtung in besonderem Maße aus unserer Geschichte.

Es macht dabei keinen Unterschied, ob Menschenrechte von einer Diktatur in Lateinamerika oder von einem kommunistischen Regime in Europa mißachtet werden. Menschenrechte sind unteilbar, und genauso unteilbar muß auch der Einsatz für die Menschenrechte sein.

Es ist die gemeinsame Aufgabe der Führung der CDU Deutschlands, sich für die Wahrung der Menschenrechte auf der ganzen Welt einzusetzen. Das hat Nor-

bert Blüm gerade in Chile getan; das tut mit gleichem Nachdruck Heiner Geißler.

Ich selbst habe auf einem internationalen Menschenrechtssymposium am 3. November 1986 erklärt: „In Lateinamerika gibt es heute glücklicherweise nur noch wenige Diktaturen — wie Chile, wie Kuba, wie Nicaragua. Wir fordern nachdrücklich und kompromißlos Freiheit und Gerechtigkeit auch für die Menschen in diesen Ländern. Es gibt auch dort Demokraten, die das Vertrauen der Mehrheit genießen und die Führung des Landes übernehmen könnten. Ich denke dabei vor allem auch an Chile, ein Land mit langer demokratischer Geschichte, das wieder zu seinem demokratischen Weg und zu demokratischer Bestimmung zurückfinden muß.“

3. Im Kampf um die weltweite Achtung der Menschenrechte muß unsere besondere Unterstützung jenen gelten, die mutig den Weg der Freiheit zwischen Bürgerkrieg und Gewaltherrschaft gehen wollen. Deshalb hat Norbert Blüm die CDU beim 30jährigen Jubiläum der Christlichen Demokraten Chiles vertreten.

Wir Christlichen Demokraten lehnen terroristische Gewalt als Mittel der Politik überall in der Welt entschieden ab. Das gilt auch für Chile.

4. Wer in der gegenwärtigen Situation versucht, den Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozeß der Bundesregierung mit persönlichen Unterstellungen oder sachfremden Argumenten zu beeinflussen, erschwert unsere Bemühungen um eine umfassende Aufklärung des Sachverhalts.

Das Thema Menschenrechte ist zu ernst, als daß es sich für billige Profilierungsversuche eignete. Solche Versuche tragen nicht zu der dringend gebotenen verantwortungsbewußten Diskussion bei.

Mitgliederwerbung: Seminare für Aktionsleiter in Bonn

Schulungsseminare für Aktionsleiter im Bereich Mitgliederwerbung bietet die CDU-Bundesgeschäftsstelle auch in diesem Jahr wieder zentral in Bonn an. Neben zielgerichteter Information über den Bereich Mitgliederwerbung wird der ausführliche Erfahrungsaustausch und die aktive Verbandsarbeit als Eckpfeiler jeder erfolgreichen Werbeaktion im Vordergrund stehen.

Die Anmeldung erfolgt nach Absprache mit dem jeweiligen Kreisverband bei der CDU-Bundesgeschäftsstelle, Abt. Öffentlichkeitsarbeit, Referat für Mitgliederwerbung, Friedrich-Ebert-Allee, 5300 Bonn 1.

Telefonische Auskunft erhalten Sie unter der Rufnummer (02 28) 5 44-371.

Die Termine:

Seminar A: 22./23. September 1987

Seminar B: 30. September/1. Oktober 1987

Unser Einsatz für Menschenrechte in aller Welt

Eine umfassende Menschenrechtsaktion soll nach den Worten von Heiner Geißler ein Schwerpunkt der politischen Arbeit der CDU in den nächsten Wochen und Monaten sein.

Zur Unterstützung der Arbeit in den Verbänden der CDU stehen informative Materialien zur Verfügung: ein Leitfaden mit Anregungen für Aktionen, fünf ausführliche Dokumentationen zum Thema „Menschenrechtsverletzungen“.

Aktionshandbuch: „Unser Einsatz für Menschenrechte in aller Welt“

Dieses Aktionshandbuch enthält neben einem Vorwort von Generalsekretär Heiner Geißler Vorschläge zur Durchführung von Aktionen für Menschenrechte, eine Checkliste zur Planung, Durchführung und Nachbereitung von Aktionen,

Materialien der CDU und eine Adressenliste, die den Zugang zu weiteren Materialien ermöglicht.

Mindestabnahme: 10 Exemplare
Preis pro Mindestabnahme: 9,50 DM
Bestell-Nr.: 3753

Bestellungen an:
IS-Versandzentrum
Postfach 1328
4804 Versmold

Bei der CDU-Bundesgeschäftsstelle können kostenlos (solange der Vorrat reicht) folgende Dokumentationen bestellt werden:

Politische Häftlinge in der DDR
Menschenrechte in Chile
Menschenrechte in Südafrika
Menschenrechte in Afghanistan
Nicaragua-Report - Wie frei ist Nicaragua?

Heiner Geißler:

Wählerbasis erhalten und erweitern

Arbeitsschwerpunkte der CDU als Volkspartei der Mitte

Um die Mehrheits- und damit die Regierungsfähigkeit der CDU als Volkspartei der Mitte zu sichern und auszubauen, muß die CDU ihre Wählerbasis erhalten und erweitern. Eine wichtige Folgerung aus der Bundestagswahl und den Landtagswahlen ist, daß wir die Bindungen der Stammwähler der CDU festigen oder sie zurückgewinnen müssen, vor allem die Menschen im ländlichen Raum und im selbständigen Mittelstand, alte Menschen und kirchlich gebundene Wähler.

Außerdem müssen wir unsere Wählerbasis erweitern, vor allem bei jungen Frauen und Männern sowie in den größer werdenden Wählergruppen der neuen Mittelschichten in den modernen Dienstleistungszentren, der technischen Intelligenz und der Arbeitnehmer, die mit modernen Technologien arbeiten. Das Ergebnis der Landtagswahl in Hessen hat gezeigt, daß die CDU große Chancen hat, in den neuen Mittelschichten Mehrheitspartei zu werden.

Um Stammwähler zu binden und zurückzugewinnen und neue Wählerschichten zu erreichen, wird die CDU in den nächsten Monaten

- eine vertiefte Grundsatzdiskussion führen,
- in ihren Themen- und Aktionsschwerpunkten ihre Politik der Mitte verdeutlichen und
- durch eine Organisations- und Strukturreform die Leistungsfähigkeit der Partei verbessern.

Vertiefte Grundsatzdiskussion

Zur Profilierung und Weiterentwicklung einer Politik der Mitte braucht die CDU, ausgehend von ihrem Grundsatzprogramm, eine vertiefte Grundsatzdiskussion, die verdeutlicht, daß wichtige und grundsätzliche Entscheidungen unserer Politik, auf dem christlichen Menschenbild aufbauend, ethisch begründet sind. Dies gilt, um einige Beispiele zu nennen, für die Verteidigungspolitik, die Entspannungspolitik, die Menschenrechtspolitik, die Entwicklungspolitik, die Familienpolitik, die Politik der Sozialen Marktwirtschaft und die Finanz- und Steuerpolitik.

Themen- und Aktionsschwerpunkte

1. Ländlicher Raum

Eine Kommission der Christlich Demokratischen Union Deutschlands wird ein Programm für den ländlichen Raum erarbeiten. Dieses Programm wird nicht nur die Fortführung des Agrarprogramms der CDU zur Sicherung der bäuerlichen Familienbetriebe umfassen, sondern auch behandeln: Regionale Förderung mit dem Ziel der Schaffung neuer Arbeitsplätze, Harmonisierung von Agrar- und Umweltpolitik, Verbesserung der Ausbildungschancen junger Frauen, Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs und die Verbesserung der sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Infrastruktur des ländlichen Raumes.

Die Kommission wird unmittelbar nach der Sommerpause ihre Arbeit aufnehmen. Ihr werden unabhängige Wissenschaftler ebenso angehören wie Politiker aus den genannten Bereichen. Weitere Experten aus den Verbänden und Organisationen werden angehört und hinzugezogen werden. Die Kommission wird von Ministerpräsident Ernst Albrecht und in seiner Vertretung von dem Bundestagsabgeordneten Franz Sauter geleitet.

2. Mehr Frauen in Ämter und Mandate

Am 12. Oktober 1987 wird eine gemeinsame Sitzung des Bundesvorstandes der CDU und des Bundesvorstandes der Frauenvereinigung stattfinden mit dem Ziel, konkrete Maßnahmen zu beschließen, um die Inhalte der Essener Leitsätze und den Beschluß des Mainzer Parteitag vom Oktober 1986 verstärkt in die Praxis der Partei und der Fraktionen umzusetzen. Dazu gehört auch die Verwirklichung des Beschlusses, daß Frauen entsprechend ihrem Mitgliederanteil an den Führungsaufgaben und der Vertretung in den Parlamenten, Gemeinde- und Stadträten beteiligt werden.

Mit Schreiben vom 28. Juli 1987 habe ich die Kreisvorsitzenden und die Vereinigungen der CDU aufgefordert, die Aufklärungskampagne der Bundesregierung über das am 1. Oktober 1987 in Kraft getretene Gesetz über Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung für Kindererziehung an Mütter der Geburtsjahrgänge vor 1921 durch eine eigene Aktion zu ergänzen. Die CDU konzentriert sich darauf, die ab sofort antragsberechtigten rund 1,2 Millionen vor 1907 geborenen Mütter über ihr Antragsrecht zu informieren und sie ganz praktisch bei der Antragsstellung zu unterstützen. Unser Ziel ist, durch diese Aktion dazu beizutragen, daß möglichst alle berechtigten Müt-

ter, die in schweren Zeiten Kinder erzogen haben, in den Genuß der neuen Regelung kommen.

3. Jugend

Die CDU wird bundesweit auf der Ebene der Kreisverbände Aktionen durchführen, durch die wir vor allem das Interesse engagierter junger Menschen für die Ziele der CDU und deren ethische Begründung gewinnen wollen:

- a) Fortführung der schon bisher in einigen Landesverbänden erfolgreich durchgeführten „Aktion Dritte Welt“,
- b) Start einer neuen Aktion „Schutz von Natur und Umwelt“,
- c) eine umfassende Menschenrechtsaktion, die sich vor allem stützt auf die Ergebnisse des Menschenrechtskongresses sowie fünf Dokumentationen, die die CDU auf Bundesebene zu Menschenrechtsverletzungen vorgelegt hat.

4. Mittelstand

Am 17./18. September 1987 findet im Konrad-Adenauer-Haus in Bonn die 4. Bundeskonferenz der Kreis- und Stadtverbandsvorsitzenden der Mittelstandsvereinigung statt. Zum Motto der Tagung „Mittelstandspolitik der Union — Neue Zeichen setzen“ werden u.a. der neue Bundesvorsitzende der Mittelstandsvereinigung, Senator Elmar Pieroth und Bundeskanzler Helmut Kohl sprechen.

5. Bundesparteitag 1988

a) Verantwortung für das Leben

Die Gentechnologie, die Biotechnologie, die Intensivmedizin und die große Zahl der Abtreibungen stellen uns vor die Frage nach der Verantwortung für das Leben. Dieser Diskussion stellt sich die CDU auf ihrem Parteitag 1988.

Zur Vorbereitung des Parteitages 1988 wird die CDU eine Kommission unter meiner Leitung einsetzen. Im Vorfeld des

Parteitages 1988 wird das Thema „Verantwortung für das Leben“ in einer breiten Diskussion in der Partei, in Expertengesprächen und Anhörungen umfassend beraten.

b) Außenpolitik

Der zweite Schwerpunkt des Parteitages 1988 wird die Außenpolitik sein. Eine Kommission unter meiner Leitung wird diesen Themenschwerpunkt vorbereiten.

Zur konkreten außenpolitischen Situation möchte ich zwei Bemerkungen machen:

■ **Abrüstung:** Zum ersten Mal seit Kriegsende ist echte Abrüstung möglich. Die CDU sagt ein klares „Ja“ zur doppelten Null-Lösung. Die Abrüstung bleibt unsere wichtigste außenpolitische Aufgabe. Dies ist keine neue Position der CDU. Bereits im Beschluß des 30. Bundesparteitages der CDU 1981 in Hamburg wird formuliert:

„Das wichtigste aktuelle außenpolitische Ziel ist die allseitige Begrenzung und Verringerung der Rüstungen und ihr Gleichgewicht auf einem möglichst niedrigen Niveau unter der Voraussetzung unverminderter Sicherheit.“

1982 hat die CDU in ihrer Berliner Erklärung festgestellt:

„Die CDU sieht in den Abrüstungsverhandlungen das Tor zu einer friedlicheren Welt bei verminderter Rüstung. Wir finden uns mit dem Status Quo einer hochgerüsteten Welt nicht ab... Ernsthaftige Verhandlungen über Rüstungsstopp und Abrüstung halten wir für ein ethisches Postulat.“

■ **Die Verbesserung der Beziehungen zur Sowjetunion** ist eine zentrale Aufgabe der deutschen Politik. In der Sowjetunion ist seit Gorbatschow eine spannende und faszinierende Entwicklung im Gange. Sie ist noch nicht abgeschlossen. Wir begrü-

ben diesen Prozeß und hoffen, daß er zu mehr Demokratie in der Sowjetunion führt. Wir sind bereit, dazu im Rahmen der bilateralen Beziehungen unseren Beitrag zu leisten, indem wir die wissenschaftlichen, kulturellen, wirtschaftlichen, technischen und menschlichen Beziehungen ausbauen. Ein wichtiges Kriterium für die Beurteilung dieser Entwicklung ist für uns aber die Frage des Schutzes der Menschenrechte, auch der deutschen Minderheiten in der Sowjetunion.

6. Bundesparteitag 1987

Auf dem Parteitag 1987, der in Bonn stattfindet, wird der gesamte Bundesvorstand mit Ausnahme des Generalsekretärs, der 1985 für vier Jahre gewählt worden war, neu gewählt.

Die CDU wird darüber hinaus auf dem Parteitag eine neue Bundesvereinigung gründen, nämlich die Senioren-Union. Sie tritt damit gleichberechtigt neben die anderen Bundesvereinigungen Junge Union Deutschlands, Frauenvereinigung, Sozialausschüsse, Kommunalpolitische Vereinigung, Mittelstandsvereinigung und Union der Vertriebenen und Flüchtlinge.

Die Gründung der Senioren-Union ist eine Antwort der CDU auf die nicht nur zahlenmäßig zunehmende Bedeutung älterer Menschen. Mit zunehmendem Lebensalter und früherem Eintritt in den Ruhestand tauchen neue Herausforderungen auf. Für die größer werdende Zahl aktiver älterer Menschen müssen neue kulturelle, soziale und politische Mitwirkungsmöglichkeiten geschaffen werden. Die CDU ist mit der Gründung der Senioren-Union die erste im Bundestag vertretene Partei, die den älteren Mitbürgern eine Organisation schafft, um ihre spezifischen Interessen nach innen und nach außen zu vertreten.

7. Organisations- und Strukturreform der Parteiarbeit

Eine Organisationskommission, die der Bundesvorstand eingerichtet hat, wird unter meiner Leitung der Partei Vorschläge unterbreiten:

- zur Verbesserung der Organisationsstruktur,
- zur besseren Finanzierbarkeit der Parteiarbeit und
- zur Formulierung von Leitlinien zur Personalauswahl und Kandidatenaufstellung.

Neben der politischen Substanz der Parteiarbeit ist die Auswahl des Kandidaten von entscheidendem Gewicht für die Glaubwürdigkeit der Partei und für die Wahlentscheidung der Bürger. Alle Schichten der Bevölkerung müssen sich durch die Kandidaten der CDU glaubwürdig repräsentiert fühlen. Es wird deshalb auch eine Aufgabe sein, vermehrt Menschen aus der Arbeiterschaft, der Jugend, aus dem alten und neuen Mittelstand und vor allem Frauen für die Partei zu gewinnen und ihnen Chancen für ein Mandat zu eröffnen.

Bußgeldrekordjahr für Schwarzarbeiter

Die Bußgelder für die Schwarzarbeit haben nach einer Erhebung des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks (ZDH) 1986 erstmals die Neun-Millionen-Grenze überschritten und damit einen neuen Rekord erreicht. Das bisherige „Bußgeldrekordjahr“ 1985 wurde um 6,7 Prozent oder 609 345 Mark übertroffen. Der Umsatz der Schwarzarbeit wird allein im Bereich des Handwerks auf 40 Milliarden Mark geschätzt. Das sind zehn Prozent des gesamten Umsatzes in dieser Branche.

Krebstelefon hat sich bewährt

12 000 Anrufe aus der gesamten Bundesrepublik und teilweise aus dem deutschsprachigen Ausland haben die Mitarbeiter des Krebsinformationsdienstes (KID) in Heidelberg bis Juli 1987 beantwortet, wie das Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit mitteilte.

Es gibt Fragen aus allen Gebieten der Krebsursachenforschung, der Krebsdiagnostik und Therapie, Krebsverhütung und Krebsnachsorge, Fragen nach sozialen Rechten, nach den Adressen von spezialisierten Zentren, nach Selbsthilfegruppen, speziellen Nachsorgekliniken etc. Das Spektrum ist ungeheuer groß.

Für die Beantwortung mancher Fragen recherchieren die Mitarbeiter des Krebsinformationsdienstes. Im hauptamtlichen Team arbeiten Ärzte, Biologen, Psychologen, Sozialpädagogen tagelang in der wissenschaftlichen Literatur, in Datenbanken, in Gesprächen mit Fachleuten in der ganzen Bundesrepublik. Über 40 % der Anrufer sind Patienten, zu 35 % rufen Angehörige an, über 15 % der Anrufer sind an Krebsfragen interessierte Bürger, auch Freunde von Krebskranken oder niedergelassene Ärzte suchen Informationen.

„Das Modell Krebsinformationsdienst, das wir für drei Jahre fördern“, so Gesundheitsministerin Rita Süßmuth, „deckt offenbar einen großen Informationsbedarf in der Bevölkerung. Die Bilanz nach einem Jahr zeigt, es muß auch ab 1989, dem Europäischen Jahr der Krebsinformation, weitergehen in der Bundesrepublik.“

Gerhard Stoltenberg:

Die Behauptungen der SPD sind falsch und unsinnig

Zur steuerpolitischen Diskussion erklärte Bundesminister Gerhard Stoltenberg auf einer Pressekonferenz am 4. August 1987 in Bonn: Die „Behauptungen der SPD sind unsinnig“. In den letzten Monaten hat sich die Diskussion in zahlreichen Industrieländern für eine Reform der Einkommen- und Körperschaftsteuer verstärkt. Vor allem die Verabschiedung der Steuerreform im amerikanischen Kongreß gibt dieser Debatte nachhaltige Impulse. So hat die japanische Regierung jetzt Vorschläge für eine deutliche Tarifsenkung eingebracht.

In Österreich einigten sich die Koalitionsparteien (Sozialistische Partei Österreichs und Österreichische Volkspartei) auf ein Konzept, das einen niedrigeren Tarifverlauf und als Ausgleich den Abbau von Steuersubventionen vorsieht. In Schweden hat der Finanzminister vorgeschlagen, die Steuersätze zu senken und den Anteil der Einkommen- und Lohnsteuer am Gesamtsteueraufkommen durch kompensierende Maßnahmen zu verringern. Die britische Regierung macht die Tarifsenkung bei der Einkommensteuer zu einer Hauptaufgabe der beginnenden neuen Wahlperiode.

Zu hohe steuerliche Belastung hemmt die Schaffung neuer Arbeitsplätze

Es setzen sich dabei immer stärker zwei Einsichten durch: Die zu starke Belastung der arbeitenden Menschen und der Betriebe durch die Einkommen-, Lohn- und Körperschaftsteuer schwächt die Wachstumskräfte, fördert das Auswei-

chen in die Schattenwirtschaft und hemmt die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Die überkommenen Steuersysteme mit zu hohen Tarifsätzen und zu vielen Ausnahmen führen zu Verzerrungen und unausgewogenen Belastungen. Deshalb streben zahlreiche Industrieländer eine Reform an, die einen deutlich niedrigeren Tarifverlauf und eine breitere Bemessungsgrundlage für eine gleichmäßigere Besteuerung bringen soll.

Von diesen Zielen sind auch die steuerpolitischen Entscheidungen und die weiterführenden Abmachungen der Koalitionsparteien bestimmt. Mit der Verabschiedung des Steuersenkungsgesetzes 1988 am 10. Juli 1987 im Bundesrat werden die Einkommen- und Lohnsteuer 1986 und 1988 um insgesamt rund 24,6 Milliarden DM gesenkt. Bereits diese ersten gesetzgeberisch entschiedenen Reformschritte führen zu einer qualitativen Verbesserung der Steuerstruktur und einer spürbaren Entlastung.

Ausgewählte Entlastungsbeispiele

Dies gilt insbesondere auch für die Arbeitnehmer, wie einige Beispiele zeigen:

Eine Arbeiterin in der elektrotechnischen Industrie mit einem Jahresbruttolohn von 31 700,— DM (verheiratet, 2 Kinder) wird 1988 1 142,— DM weniger Steuern zahlen als nach dem bis Ende 1985 geltenden Tarif. Die Entlastung beträgt hier 40 Prozent.
Ein lediger Facharbeiter in der chemischen Industrie mit einem Jahresbruttolohn von

50 600, — DM wird um 1 312, — DM entlastet (10 Prozent). Ein Angestellter im Bergbau (verheiratet, 2 Kinder) mit einem Jahresbruttolohn von 72 300, — DM wird 1 548, — DM weniger Steuern zahlen (12 Prozent).

Die genannten Beispiele zeigen, wie unsinnig die propagandistischen Behauptungen der SPD sind, es handele sich um eine Steuersenkung für „die Reichen“. Zu einer noch grundlegenden Verbesserung des Steuersystems und einer weitergehenden Entlastung der Arbeitnehmer, der Selbständigen und der Betriebe wird die für 1990 vereinbarte Gesetzgebung führen.

Sie soll nach der Koalitionsvereinbarung zu einer Bruttoentlastung von 39 Milliarden DM und einer Nettoentlastung von 20 Milliarden DM führen. Mit einem sanft ansteigenden linear-progressiven Tarif werden wir vor allem die Grenzbelastung für die große Mehrzahl der Berufstätigen in der Progressionszone nachhaltig und dauerhaft verringern.

Steuersenkung als Voraussetzung für Subventionsabbau

Damit sind die Voraussetzungen für einen Abbau von Steuersubventionen und Sonderregelungen gegeben. Deshalb kann der ganz überwiegende Teil der für die Umschichtung vorgesehenen 19 Milliarden DM auf diesem Weg ausgeglichen werden. Das ist vor allem im Interesse eines überschaubareren in sich schlüssigen und gerechten Steuersystems dringend erforderlich. Hierauf haben in jüngster Zeit vor allem die Verbände der Steuerberater, die Steuergewerkschaft und der Bund der Steuerzahler zu Recht nachdrücklich hingewiesen. Es müssen, wie ich bereits im Juni hervorgehoben habe, in diesem Zusammenhang über 150 Einzelpunkte zunächst fachlich bewertet und dann politisch entschieden werden.

Deshalb ist es sachlich begründet, wenn die abschließende Meinungsbildung im Bundesfinanzministerium um die Entscheidungen in der Koalition im Herbst erfolgt.

Wenn jetzt Politiker der SPD, wie der Abgeordnete Spöri, Zusammenstellungen von Subventionen und Sonderregelungen als angebliche „geheime Streichliste“ des Bundesfinanzministers darstellen, ist dies eine grobe Irreführung der Öffentlichkeit. Es wäre möglich, auch aus der Regierungszeit der SPD Unterlagen mit fachlichen Bewertungen und Vorschlägen zur Abschaffung einer Fülle von Steuersubventionen und Sonderregelungen in die Debatte einzuführen.

Ziel ist, zu einem soziologisch ausgewogenen Ergebnis bei der Verbreiterung der Bemessungsgrundlage zu kommen. Die SPD sagt die Unwahrheit, wenn sie behauptet, daß eine einseitige Belastung der Arbeitnehmer geplant sei. Wir wollen vielmehr 1990 eine noch weitergehendere Steuerentlastung sowohl für die Arbeitnehmer wie die Selbständigen und Betriebe erreichen.

Es kann sich, wie mehrfach betont, als notwendig erweisen, einzelne indirekte Steuern im Rahmen der Umschichtung anzuheben. Dies ist bei dem Umfang des Entlastungsvolumens von noch einmal ³⁹ Milliarden DM brutto vertretbar. **Ich bekräftige meine Aussage, daß die Umschichtung ohne Erhöhung der Mehrwertsteuer vollzogen werden kann.**

SPD entwirft Horrorgemälde für Kommunen

Auch in Verbindung mit den Wirkungen der Steuerreform für die Finanzlage der Kommunen entwirft die SPD ein Horrorgemälde mit falschen Behauptungen. In den letzten Regierungsjahren des Kabinetts Schmidt ging der Anteil der Steuereinnahmen der Kommunen am Gesamt-

Der Aufwärtstrend setzt sich fort

Die Konjunktur verläuft nach den vorliegenden Daten für das 2. Quartal 1987 besser als noch zu Jahresbeginn prophezeit. Nach einer Schwächephase mit einer leichten Wachstumspause im letzten Winter zeigt sich die gesamtwirtschaftliche Entwicklung nun wieder mit steigender Tendenz. Dies gab am 6. August das Bundeswirtschaftsministerium bekannt. Die Wirtschaftsdaten des 2. Quartals signalisieren eine wirtschaftliche Erholung, die Wachstumskräfte haben sich wieder durchgesetzt.

Die Industrieproduktion und die Auftrageingänge nahmen beträchtlich zu und auch die ansteigenden Exporte lassen eine Erholung des Auslandsgeschäftes erkennen. Dadurch kann jetzt — nach vorsichtigeren Schätzungen zu Jahresbeginn — wieder mit einer Zunahme des Bruttosozialprodukts für 1987 von etwa zwei Prozent gerechnet werden.

Das Geschäftsklima in der Industrie hat sich nach der Eintrübung im Winter wieder spürbar verbessert und das Konsumklima ist weiterhin günstig.

Entgegen früherer Erwartungen verläuft auch die Nachfrage aus dem Ausland lebhafter als befürchtet, so daß im Jahresverlauf auch in diesem — gleichwohl noch immer sehr sensiblen Bereich — noch ein Plus von 0,5 Prozent erwartet werden kann. Die Hauptimpulse für die Konjunktur gehen jedoch nach wie vor vom privaten Verbrauch und den Investitionen im Inland aus.

Am Arbeitsmarkt spiegelt sich dieses positive Konjunkturbild allerdings noch nicht wider. Die Zahl der Beschäftigten wird im Jahresverlauf um rund 130 000 zunehmen. Da aber noch weiterhin starke

junge Jahrgänge auf den Markt drängen, bleibt für einen umfangreichen Abbau der Arbeitslosigkeit wenig Raum.

Die Preissteigerungsrate wird in diesem Jahr vermutlich bei 0,5 Prozent liegen, damit vollzieht sich das Wachstum auch weiterhin inflationsfrei.

In einer Prognose für 1988 geht die Bundesregierung von einem weiteren positiven Konjunkturverlauf aus. Nach den jüngsten Berechnungen ist im nächsten Jahr mit einem realen Wirtschaftswachstum von rund 2,5 Prozent zu rechnen. Dieser Projektion liegt die Erwartung zugrunde, daß die Wachstumsimpulse abermals von der Binnennachfrage ausgehen. Während der private Verbrauch (plus 3,5 Prozent) und die Unternehmensinvestitionen (plus 5 Prozent) etwas stärker zunehmen dürften als in diesem Jahr, wird für den Staatsverbrauch (plus 2,5 Prozent) ein etwa gleichbleibender Anstieg erwartet. Die Exporte werden mit vermutlich plus 1,5 Prozent wieder einen deutlichen Wachstumsbeitrag leisten. Damit dürfte der Außenhandel seine Schwächephase nach den Wechselkurs-turbulenzen des vergangenen Jahres überwunden haben. Die Beschäftigtenzahlen werden sich 1988 mit plus 180 000 spürbar erhöhen.

Die Gründe für diese zuversichtliche Einschätzung liegen in den positiven Impulsen, die von der Finanz- und der Geldpolitik ausgehen. Die Steuerentlastung 1988 wird das Wirtschaftsklima günstig beeinflussen. Einkommensentwicklung, Beschäftigungszunahme und stabile Preise werden dem privaten Verbrauch zusätzlichen Schwung geben.

Alles in allem: Die jüngsten Indikatoren geben Anlaß, optimistisch in die Zukunft zu schauen.

Wir sind mit unserer Deutschlandpolitik auf einem guten Weg

Erich Honecker kommt erstmalig in die Bundesrepublik Deutschland. Für viele Menschen diesseits und jenseits der Grenze in Deutschland verbindet sich dieses Ereignis mit höchst unterschiedlichen Empfindungen. Es sind viele — oft verständliche — Emotionen im Spiel. Da gibt es die große Zahl der ehemaligen politischen Häftlinge, getrennte Familien, Ausreisewillige und junge Leute aus Ost und West, die heiraten wollen. Für diese Menschen symbolisiert Erich Honecker schmerzliche Erfahrungen der deutschen Teilung. Da sind aber auch die 572 000 Menschen unterhalb des Rentenalters, die im letzten Jahr aus der DDR zu uns kamen, und diese Zahl wird wohl in diesem Jahr auf eine Million steigen.

Die Deutschlandpolitik der Union hat sich stets an den Sorgen und Nöten der Menschen orientiert, stellt Heiner Geißler, Generalsekretär der CDU Deutschlands, dazu fest. Es war und ist das Ziel der CDU, politische Bedingungen zu schaffen, die zur Einheit Deutschlands führen, wie dies auch in der Präambel zum Grundgesetz verankert ist. Die SPD hat seit 1982 nichts unversucht gelassen, um die Deutschlandpolitik der Union zu diffamieren. Führende Repräsentanten der SPD haben sich vom Wiedervereinigungsgebot verabschiedet. Wir stehen zu unseren Prinzipien. Für uns ist die deutsche Frage offen, die DDR kein Ausland. Wir wissen auch genau, mit wem wir um der Menschen willen verhandeln. Allerdings betreiben wir keine fruchtlosen ideologischen Sandkastenspiele, wie sie die SPD mit der SED praktiziert. Im Mit-

telpunkt unserer Deutschlandpolitik stehen die Menschen in unserem geteilten Land. Deshalb werden wir auch zukünftig alles tun, um in Verhandlungen praktische Erfolge zu erzielen.

Wir verkennen nicht, daß mehr als vierzig Jahre Teilung bei den Menschen in Ost und West nicht ohne Folgen geblieben sind. Wir wissen aber, daß die große Mehrheit der Bevölkerung in Ost und West nicht nur an die Einheit der Nation glaubt, sondern sie leben will. Es ist erfreulich, daß trotz aller politischen Schwierigkeiten besonders junge Leute ein wachsendes Interesse am jeweils anderen Teil Deutschlands zeigen. Die Bundesregierung hat mit Erfolg den Schüleraustausch gefördert. Über 60 000 Schüler aus der Bundesrepublik haben z. B. im vergangenen Jahr die DDR besucht. Zwar ist die Zahl der Jugendlichen, die aus der DDR zu uns kommen, noch weitaus geringer, aber sie steigt. Im Angesicht von Mauer und Stacheldraht führt der bevorstehende Besuch Erich Honeckers zwangsläufig zu Erwartungen. Ich möchte mich an diesen Spekulationen nicht beteiligen, sondern die Gelegenheit nutzen, auch einige kritische Fragen an uns im Westen zu richten. Erich Honecker hat in den 70er Jahren jene schmerzliche These von der „Abgrenzung“ zwischen der DDR und der Bundesrepublik geprägt. Die DDR-Führung hat durch entsprechende Maßnahmen, wie z. B. durch die Erweiterung der Zahl der sogenannten Geheimnisträger, das ihrige zur Praktizierung dieser These beigetragen. Aber es gibt auch eine hausgemachte Abgrenzung bei uns in der Bundesrepublik. Viele haben es sich in unserer Wohlstandsgesellschaft bequem

gemacht. Es ist offenbar für viele — auch für manche Politiker — auf die Dauer zu anstrengend, sich ständig mit den Alltagsproblemen von zwei Teilen Deutschlands auseinanderzusetzen. Da und dort sind selbst die politischen Gedenkveranstaltungen zum 17. Juni und 13. August zur bloßen Formalie verkrustet. Dies ist ein falsches Verständnis von praktizierter Deutschlandpolitik. Es ist gerade das Bestreben der Union, durch die Förderung der menschlichen Begegnungen Voraussetzungen für gemeinsame Erlebnisse und Erfahrungen der Menschen in Ost und West zu schaffen. Nur so kann es uns gelingen, das gesamtdeutsche Bewußtsein zu erhalten und zu entwickeln.

Ich rege deshalb an, daß sich die DDR stärker als Touristenland öffnen sollte. Dadurch wäre es nicht nur vielen Bundesbürgern möglich, ihren Urlaub im Thüringer Wald oder auf der Insel Rügen zu verbringen, sondern gleichzeitig hätte die DDR zusätzliche Deviseneinnahmen, die sie dann ihren Bürgern für die ersehnten Westreisen zur Verfügung stellen könnte.

Zusätzlich schlage ich vor, daß die Bundespost und die Bundesländer dafür Sorge tragen, daß das DDR-Fernsehen mit beiden Programmen bundesweit verkabelt wird. Auch wenn wir mit vielen politischen Inhalten dieser Programme nicht einverstanden sind, würden wir dennoch wertvolle Informationen über den Alltag der Menschen im anderen Teil Deutschlands erhalten. Im übrigen erwarten wir diese Verkabelungspraxis auch für unsere Programme in der DDR, was teilweise schon verwirklicht ist.

Wir sind mit unserer Deutschlandpolitik auf einem guten Weg und werden ihn im Interesse der Menschen mit Nüchternheit und Augenmaß weiterverfolgen.

(Diesen Beitrag hat die „Allgemeine Zeitung“, Mainz, in ihrer Ausgabe vom 1. August 1987 veröffentlicht.)

JU-Forum: Menschenrechte in der DDR

Am 8. August 1987 veranstaltete die Junge Union Deutschlands in Bonn ihr Forum „Menschenrechte in der DDR“.

Der Vorsitzende der „Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte“, Reinhard Gnauck, die ehemalige Mitarbeiterin der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED und zwei ehemalige politische Häftlinge berichteten über die Situation der Menschenrechte und ihre Erfahrungen in der DDR.

Der Vorsitzende der Jungen Union Deutschlands, **Christoph Böhr**, begrüßte das Engagement Norbert Blüms für die Menschenrechte und erklärte: „Der Grundsatz der unverblühten Offenheit muß immer und überall gelten. Es darf keinen Unterschied zwischen den Folterknechten Pinochets und den Schergen des KGB geben. Menschenrechte sind unteilbar und gelten kompromißlos überall.“

Zu diesem Grundsatz gehört auch die Aufklärung über die Situation der Menschenrechte in der DDR. Böhr: „Es gilt, die Stimme für diejenigen zu erheben, die zum Schweigen verurteilt sind. Die Stimme für 5000 politische Gefangene in der DDR.“

Als politische Häftlinge gelten nach Gnauck nicht nur die wegen ihrer politischen Meinung Inhaftierten, sondern alle Personen, die wegen der allgemeinen politischen Verhältnisse in der DDR in Haft sitzen. Ein Erhalt der zentralen Erfassungsstelle Salzgitter wird von den Betroffenen als notwendig empfunden. Die Erfassungsstelle hat für die politischen Gefangenen in der DDR eine große psychologische Bedeutung, ist sie doch die einzige Hoffnung, daß ihre Peiniger namentlich erfaßt werden.

Handreichung für innerdeutsche Städtepartnerschaften

Die CDU will die deutsch-deutschen Städtepartnerschaften intensivieren. Der Vorsitzende der Kommunalpolitischen Vereinigung (KPV) der CDU/CSU, Horst Waffenschmidt, sagte in Bonn bei der Vorstellung einer Schrift zu diesem Thema, die KPV wolle die Städte und Gemeinden in der Bundesrepublik zu Partnerschaften mit Kommunen aus der DDR ermutigen und die Voraussetzungen dazu verbessern. Die dreiteilige, 57 Seiten lange Studie vermittelt einen Überblick über die Erfahrungen in den bisherigen deutsch-deutschen Städtepartnerschaften und gibt interessierten Gemeinden Ratschläge für die Ausarbeitung der entsprechenden Verträge.

Unter Berücksichtigung der Erfahrungen der bereits abgeschlossenen Städtepartnerschaften wurde die Handreichung „innerdeutsche Städtepartnerschaften“ von einer Kommission der KPV unter Vorsitz des CDU-Fraktionsvorsitzenden im Stadtrat von Saarbrücken, Dr. Gerd Bauer, erarbeitet. Die Kommission hat seit November 1986 für eine große Zahl von Städten, Gemeinden und Kreisen praktische Tips und Hinweise für die Anbahnung und Ausgestaltung entsprechender Kontakte gesammelt und ausgewertet. Mit der Handreichung will die KPV aber nicht nur informieren, sondern auch mobilisieren, um trotz vorhersehbarer Schwierigkeiten nicht in den Bemühungen nachzulassen, Kommunalkontakte zum anderen Teil Deutschlands herzustellen.

Im politischen Teil der Handreichung wird über die historische Entwicklung kommunalpolitischer Kontakte zur DDR

bis zu den heutigen Städtepartnerschaften informiert. Für die KPV ist dabei von größter Bedeutung, daß die innerdeutschen Städtepartnerschaften keinesfalls mit sonst üblichen Städtekontakten zu Kommunen des Auslands vergleichbar sind. Deshalb empfiehlt die Kommission auch bei allen Gesprächen und Vereinbarungen diesen besonderen Charakter der deutsch-deutschen Beziehungen entsprechend zu berücksichtigen und hervorzuheben. Die deutsch-deutschen Städtepartnerschaften bilden aus der Sicht der KPV ein wichtiges Element praktizierter Deutschlandpolitik, um den Menschen in beiden Teilen Deutschlands auf möglichst vielen Wegen Gelegenheit zur persönlichen Begegnung zu ermöglichen.

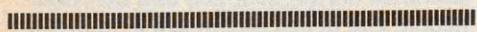
In diesem Zusammenhang hält es die Kommission für besonders wichtig, die innerdeutschen Städtepartnerschaften auch aus rechtlicher Sicht zu beurteilen und den Kommunalpolitikern entsprechende Informationen an die Hand zu geben.

Hauptteil der Handreichung

In sechs Kapiteln werden praktische Ratschläge für die kommunalpolitische Praxis innerdeutscher Städtepartnerschaften vermittelt. Die KPV legt dabei besonders großen Wert auf die Betonung bürgerschaftlicher Elemente. Bürgernähe ist wichtiger als Polittourismus. Obwohl die DDR in ihren kommunalen Vertragsentwürfen immer wieder einen möglichst politisierten Textcharakter anstrebt, sollten unsere Gemeinden umgekehrt besonderen Wert auf Möglichkeiten individueller und gemeinschaftlicher Begegnungen der Bürger legen. Dazu gehört z. B. eine

IG Metall blockiert Neueinstellungen

Ständig fordern SPD und Gewerkschaften eine gesetzliche Begrenzung von Überstunden zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Freiwillige Regelungen für mehr Flexibilisierung in den Unternehmen, wie sie von der CDU bevorzugt werden, werden jedoch von Gewerkschaftsvertretern verhindert. Beispiel: Bei der Daimler-Benz AG könnten im Werk Untertürkheim unmittelbar bis zu 400 Arbeitnehmer neu eingestellt werden, wenn es zum Abbau von Überstunden und zur Flexi-



Verstärkung des Jugend- und Schüleraustausches. Die Einquartierungsmöglichkeiten für Gäste in der jeweiligen Partnerschaft sollten nach Möglichkeit so gestaltet werden, daß auch private Unterbringung möglich ist. Aus der Sicht der KPV ist gerade diese Form der Einquartierung besonders wünschenswert.

In der Aufbauphase von innerdeutschen Städtepartnerschaften ist eine solide Vorbereitung unsererseits von großer Bedeutung, da die bisherigen Erfahrungen gezeigt haben, daß bei der Ratifizierung von Städtepartnerschaften offenbar ein gewisser Verhandlungs- und Ermessungsspielraum für die Gestaltung solcher Vertragstexte bei den Kommunen der DDR vorhanden ist.

Die Kommunalpolitische Vereinigung der CDU/CSU ist davon überzeugt, daß die vorgelegte Handreichung „innerdeutsche Städtepartnerschaften“ den interessierten Städten, Kommunen und Kreisen dazu beitragen wird, um das Zusammengehörigkeitsgefühl der Deutschen zu bewahren und zu stärken.

Die Handreichung ist zu beziehen über die Geschäftsstellen der Landesvereinigungen der KPV.

bilisierung der Arbeitszeit käme; doch IG Metall und Betriebsrat blockieren die Neuregelung.

Der Vorschlag der Firmenleitung sieht vor, flexible Arbeitszeiten für 4600 Mitarbeiter einzuführen. Durch Verlängerung der Betriebszeiten sollen die teuren Produktionsanlagen besser genutzt werden. Die durchschnittliche Arbeitszeit von jetzt noch 38,5 Stunden in der Woche bliebe nach diesem Vorschlag erhalten: Die auf neun oder zehn Stunden ausgedehnten Schichten würden durch bis zu 30 zusätzliche freie Tage ausgeglichen; also Freizeitausgleich statt Überstunden. Da die Produktion aber weiterlaufen soll, würden bis zu 400 neue Mitarbeiter eingestellt.

Als Vorwand für ihr „Nein“ zum Überstundenabbau dient der IG Metall die Behauptung, der Vorschlag der Firmenleitung sei der Versuch, durch die Hintertür die Verlängerung der Arbeitszeit zu erreichen. Der wahre Hintergrund der Posse ist jedoch: Die Funktionäre wagen nicht, ihrer Basis mit dem Abbau der Überstunden auch den Verzicht auf die hohen Überstundenzuschläge abzuverlangen. Mehr Geld für Arbeitsplatzbesitzer statt neuer Arbeitsplätze — wo bleibt da die Solidarität?

IG-Metall-Chef Franz Steinkühler hat nämlich nichts gegen längere Schichten: „Wir müssen einen Kompromiß finden, der den Wünschen der Arbeitgeber nach längeren Betriebszeiten und den Wünschen der Arbeitnehmer nach attraktiveren Arbeitszeiten gerecht wird. Ich kann mir vorstellen, daß Betriebe statt bisher acht Stunden täglich in Zukunft etwa neun, zehn oder elf Stunden lang produzieren.“ (Neue Osnabrücker Zeitung vom 27. September 1986)

Aktionsprogramm für Seniorenarbeit in Städten und Gemeinden

Ein „Aktionsprogramm für die Seniorenarbeit in Städten und Gemeinden“ haben der Vorsitzende der kommunalpolitischen Vereinigung der CDU/CSU, Horst Waffenschmidt, und der CDU-Seniorenbeauftragte, Gerhard Braun, in Bonn vorgestellt. Das Aktionsprogramm enthält unter anderem Vorschläge für eine „seniorenfreundliche“ Stadt, für die aktive Weiterbildung, den Erfahrungsaustausch mit Jüngeren, die Unterstützung des ehrenamtlichen Einsatzes der Senioren und die Einrichtung von kommunalen Senioren-Telefonen.

Vor der Presse in Bonn erklärten die beiden CDU-Politiker: Die durchschnittliche Lebenserwartung unserer Bevölkerung hat sich in den letzten hundert Jahren nahezu verdoppelt. Der Anteil der älteren Generation an der Gesamtbevölkerung wird in den nächsten Jahrzehnten ständig steigen. Heute sind bereits 21 Prozent der deutschen Bevölkerung über 60 Jahre alt. Bei unverändertem generativen Verhalten wären es — parallel zu einem starken Bevölkerungsrückgang — im Jahre 2000 bereits 24 Prozent und im Jahre 2030 etwa 37 Prozent der deutschen Bevölkerung. Damit stehen wir heute vor neuen Herausforderungen in der Seniorenarbeit!

Eine Gesellschaft mit menschlichem Gesicht kann auf die Erfahrung des Alters — auf das Alterskapital — für die Gestaltung der Zukunft nicht verzichten. Wir brauchen die Zusammenarbeit von Jung und Alt, die Solidarität der Generationen. Nach einer langen und arbeitsreichen Zeit soll ein Leben in Freiheit und Selbständigkeit, in Sicherheit und Geborgenheit ermöglicht werden. Eine funk-

tionsfähige Renten- und Krankenversicherung schaffen hierzu die wesentlichen Voraussetzungen.

Neue Aufgabefelder zur politischen Gestaltung kommen jedoch hinzu, z.B.:

a) Seniorenpolitik ist nicht gleichzusetzen mit Sozialpolitik. Ihre Fragestellungen gehen weit darüber hinaus. Unsere Aufgabe in der Politik muß es sein, die Lebenserfahrung der älteren Generation zu nutzen. Nicht Betreuung, sondern Mitarbeit steht im Vordergrund.

b) Seniorenpolitik beginnt mit der Vorbereitung auf das Alter. Aufgabe gerade der öffentlichen Einrichtungen — von Schule über Rundfunk bis hin zu Parlamenten und Regierungen — ist es, das Bewußtsein für die Probleme des Älterwerdenden zu schärfen. Aufgabe der Politik und der Sozialpartner ist es aber auch, darauf hinzuwirken, daß der Übergang von der Erwerbsarbeit in den veränderten Ruhestand gleitend ausgestaltet wird.

c) Die Politik hat die Voraussetzung dafür zu schaffen, daß der ältere Mensch nach dem Ausscheiden aus seiner beruflichen Tätigkeit als vollwertiges Mitglied unserer Gesellschaft anerkannt bleibt. Dies bedeutet auch, daß die Mitwirkungsmöglichkeiten der Senioren in den staatlichen und gesellschaftlichen Einrichtungen zu verbessern sind.

Vorschläge für Aktionen auf kommunaler Ebene:

Ausstellung Kreative Senioren und ihre Werke

Viele Bürger haben im Ruhestand endlich wieder mehr Zeit und Muße, ihren Hobbies intensiv nachzugehen; zahlreiche ältere Mitbürger versuchen ihre Fähigkei-

ten zum Malen im Alter wieder zu entdecken. In der Kommune wird deshalb die Bildung eines „Senioren-Künstlerkreises“ angeregt, und die KPV sowie Senioren-Union geben Hilfestellung vor allem bei der Klärung technischer und organisatorischer Probleme im Vorfeld und bei der Durchführung von Veranstaltungen. Mitglieder des Künstlerkreises organisieren eine „Bilderbörse“, von deren Erlös Kunstwerke für Senioren- und Altenheime erstanden werden.

Erfahrungsaustausch von Senioren-Wissen

Die berufliche Erfahrung ist buchstäblich Gold wert! Das wissen auch viele Jugendliche, die kurz vor dem Berufseintritt stehen und für jede Information und jeden praktischen Hinweis über ihr zukünftiges Berufsfeld dankbar sind. Deshalb sollte ein Arbeitskreis gebildet werden, in dem ältere Mitbürger die Jugendlichen beraten und gegebenenfalls auch auf gewisse berufliche Situationen hin trainieren. Die KPV und die Senioren-Union setzen sich auf kommunaler Ebene dafür ein, daß die finanziellen und räumlichen Mittel zur Verfügung gestellt werden. Unter anderem soll auch versucht werden, Praktikantenplätze zu vermitteln.

Soziales Engagement vor Ort

Schon jetzt sind zahlreiche Senioren ehrenamtlich und mit viel Engagement insbesondere im sozialen Bereich tätig. Diesem Aufgabenfeld wird in Zukunft verstärkt Beachtung zukommen. Deshalb soll das ehrenamtliche Engagement insgesamt gestärkt werden.

Die Bundesgeschäftsstelle bietet dazu das Handbuch

„Für Senioren — Mit Senioren“ an.
Zu bestellen ist es beim
IS-Versandzentrum,
Postfach 1328, 4804 Vermold
unter der Bestell-Nummer 3740;
Preis: 10 Exemplare kosten 8,20 DM.

Norbert Blüm:

Helft den älteren Müttern

„Helft den älteren Müttern möglichst unbürokratisch in den Genuß der Kindererziehungsleistung zu kommen.“
Dazu rief Bundesarbeitsminister Norbert Blüm die Behörden, die Kirchen, die Rentner- und Wohlfahrtsverbände, die Gewerkschaften und Ruheständlerorganisationen und alle in der Altenbetreuung tätigen Bürgerinnen und Bürger auf. „Jeder kann helfen: in der Familie, im Freundeskreis, in der Nachbarschaft.“

Vom 1. Oktober 1987 an können rund 1,2 Millionen Mütter der Geburtsjahrgänge 1906 und früher für jedes Kind eine monatliche Kindererziehungsleistung von 27 Mark erhalten. Damit die Leistung rechtzeitig zum 1. Oktober ausgezahlt werden kann, müssen die Anträge bis Ende August gestellt werden. Die Anspruchsvoraussetzung der Geburt eines Kindes kann durch eine Geburtsurkunde oder eine andere Personenstands-urkunde nachgewiesen werden. Falls die Urkunden nicht auffindbar sind, hilft das Standesamt am Wohnort weiter.

Norbert Blüm: „Mit Rücksicht auf das hohe Alter der Mütter haben wir ein einfaches Verwaltungsverfahren gewählt. Gleichwohl wird vielen Müttern Hilfe bei der Antragstellung sehr willkommen sein.“ Blüm hat deshalb in Briefen an die sozialen Verbände gebeten, den alten Müttern praktische Hilfe bei der Antragstellung zu leisten, damit sie termingerecht ihre verdiente Kindererziehungsleistung ausgezahlt erhalten.

Müttern, die bereits eine gesetzliche Rente erhalten, wird der Antrag mit der Post zugeschickt. Für Mütter, die keine gesetzliche Rente beziehen, liegen ab August Antragsformulare bei den

Über die atomaren Gefechtsköpfe haben ausschließlich die USA zu verfügen

Zu den Ausführungen des sowjetischen Außenministers Schewardnadse vor der Genfer Abrüstungskonferenz gab die Bundesregierung folgende Erklärung ab: Die Sowjetunion weiß sehr wohl, daß die Bundesrepublik Deutschland keine Atommacht ist und auch nicht werden will. Als Partei des Nichtverbreitungsvertrages hat die Bundesrepublik Deutschland einen Anspruch darauf, daß die Atom-mächte, zu denen die Sowjetunion gehört, im Einklang mit den Bestimmungen dieses Vertrages ihre Verpflichtungen zu nuklearer Abrüstung erfüllen.

Die Bundesregierung erinnert daran, daß sie die amerikanisch-sowjetische Erklärung vom 8.1.1985 wie auch die Absprachen zwischen Präsident Reagan und Generalsekretär Gorbatschow in Reykjavik im Oktober 1986 als Bekenntnis zu konkreten Abrüstungsschritten bei atomaren Waffen nachdrücklich unterstützt und von Anfang an darauf gedrängt hat, die getroffenen Absprachen in konkrete Abkommen umzusetzen.

Was die amerikanischen Gefechtsköpfe auf deutschen Pershing I a betrifft, haben darüber ausschließlich die Vereinigten Staaten zu verfügen. Die von den USA in Genf vertretene Position zu den Gefechtsköpfen für die Pershing I a wird von allen Bündnispartnern einschließlich der Bundesrepublik Deutschland unterstützt.

Die Bundesregierung erwartet, daß die Sowjetunion und die USA die noch offenen Fragen einer raschen Lösung zuführen, damit ein INF-Abkommen beim dritten Treffen zwischen Präsident Reagan und Generalsekretär Gorbatschow noch in diesem Jahr unterzeichnet werden kann. Die Bundesregierung appelliert an die Sowjetunion, den weiteren Verhandlungen keine künstlichen Hindernisse in den Weg zu legen.

Der baldige Abschluß eines weltweiten Verbotsabkommens für chemische Waffen ist für die Bundesregierung ein Ziel von prioritärer Bedeutung. Sie nimmt daher mit Interesse die heutigen Ausführungen des sowjetischen Außenministers zur Verdachtskontrolle zur Kenntnis und wird diese eingehend prüfen. Eine Zustimmung der Sowjetunion zu mandatorischen Verdachtskontrollen, wie sie der Westen für unverzichtbar hält, wäre ein wichtiger Schritt, um die Verhandlungen in Genf voranzubringen.

(Fortsetzung von Seite 18)

Antragsannahmestellen. Antragsannahmestellen sind die örtlichen Versicherungsämter, die Auskunfts- und Beratungsstellen der Rentenversicherung und die Versichertenältesten. Sie müssen auf Vorlage der Geburts- oder Personenstandsurkunde in dem Antrag die Geburt der Kinder bescheinigen.

Das Bundesarbeitsministerium informiert zusätzlich über die Kindererziehungsleistung. Dazu kann das Informationsfaltblatt „Kindererziehungsleistung“ beim Bundesarbeitsministerium, 5300 Bonn 1, Postfach, oder telefonisch auf Anrufbeantworter unter der Rufnummer (02 28) 527-51 30/1, angefordert werden. Das Faltblatt wird auch allen Organisationen und Verbänden zur Verfügung gestellt.

Rau hat abgewirtschaftet: Kritik aus den eigenen Reihen

Die katastrophale Haushaltslage des Landes Nordrhein-Westfalen ist nicht mehr zu leugnen oder zu beschönigen. Das Land steht nach zehnjähriger „Fahrt in den Bankrott“ — Raus Parteifreund und ehemaliger Landwirtschaftsminister Hans-Otto Bäumer — vor dem finanziellen Zusammenbruch.

Diese verheerende Entwicklung hat gravierende Konsequenzen und birgt Gefahren für die wirtschaftliche Entwicklung der gesamten Bundesrepublik. NRW ist unter der Regierung Rau zum gesamtwirtschaftlichen Bremsklotz geworden. Zehn Jahre nach dem Amtsantritt von Regierungschef Johannes Rau geht im bevölkerungsreichsten Bundesland praktisch nichts mehr, erklärte der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion im Landtag von NRW, **Bernhard Worms**.

Das Land ist total verschuldet von 95,1 Milliarden Mark. Täglich müssen 17,5 Millionen Mark allein für Zinsen aufgebracht werden.

Die Investitionsquote ist von 22,4 Prozent im Jahre 1979 auf 13 Prozent 1987 abgefallen. Im kommenden Jahr wird sie weiter sinken. Die zwangsläufige Folge: Dringend notwendige strukturpolitische Maßnahmen bleiben aus, Arbeitsplätze gehen verloren, ganze Regionen dünnen aus.

Das Wirtschaftswachstum von 1982 bis 1986 liegt in der Bundesrepublik bei 11 Prozent. Nordrhein-Westfalen hinkt mit sieben Prozent meilenweit hinter dieser positiven Entwicklung her. Das allein hat seit 1982 zu Steuerausfällen von mehr als zwei Milliarden Mark geführt.

Die Regierung Rau macht für ihren Finanznotstand immer wieder die Krise bei Kohle und Stahl verantwortlich. Die Zahlen sprechen eine andere Sprache. In der Regierungszeit Rau wurden rund 7,8 Milliarden Mark für die Kohle aus dem Landeshaushalt aufgebracht. Fast 38 Milliarden, also das Viereinhalbfache, mußten allein für Schuldzinsen ausgegeben werden. Dies ist die eigentliche Sonderlast Nordrhein-Westfalens. Rau hat das Land in einen gigantischen Schuldenurm eingepfercht.

Die Landesregierung beruft sich immer wieder auf „nicht vorhersehbare Einbrüche bei den Steuereinnahmen des Landes“. Das Gegenteil ist richtig. Seit 1982 sind dank der günstigen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung alljährlich erhebliche Steuermehreinnahmen in NRW zu verzeichnen gewesen, allein im kommenden Jahr werden es nach der Steuerschätzung vom Mai 1,9 Milliarden Mark sein. Die Regierung Rau hat es über Jahre sträflich versäumt, diese Steuermehreinnahmen in Zukunftsinvestitionen umzusetzen.

Ursächlich für den stetigen wirtschaftlichen Niedergang unseres Landes ist nicht zuletzt auch die verheerende Kommunalpolitik dieser Landesregierung. Seit 1982 hat die Regierung Rau den Kommunen 15,5 Milliarden Mark aus dem Steuerverbund rigoros entzogen und damit die Investitionskraft der Städte in unverantwortlicher Weise geschwächt. Sie hat die sich abzeichnende Finanzkrise der NRW-Gemeinden — 72 Kommunen konnten 1986 ihren Haushalt nicht mehr ausgleichen — nicht nur verschärft, sie ist der Hauptverursacher.

Grundgesetz läßt Ausländerwahlrecht nicht zu

Bei den Koalitionsverhandlungen in Hamburg ist man schlecht beraten. Die beabsichtigte Einführung des kommunalen Wahlrechts für Ausländer bei den nächsten Wahlen zu den Hamburger Bezirksparlamenten ist ebenso falsch wie kurzfristig, erklärte Johannes Gerster, innenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Wer glaubt, er könne den komplizierten und langwierigen Prozeß der Ausländerintegration kurzerhand und publikumsträchtig mit einem solchen „Kunstgriff“ lösen, verfehlt das Ziel und weckt vor allem falsche Hoffnungen. Die Erfahrungen unserer Nachbarländer, wie z. B. der Niederlande, Schweden oder Großbritannien, haben gezeigt, daß sich die Integrationsprobleme nicht durch die bloße Zulassung von Ausländern zu Kommunalwahlen in Luft auflösen.

Abgesehen davon, daß die Landesgesetzgeber das Kommunalwahlrecht für Ausländer nur nach einer Änderung des Grundgesetzes vorsehen könnten, halte ich das Ausländerwahlrecht auf Gemeindeebene für ausländer- und integrationspolitisch falsch:

- Wer hier zwar wohnen und arbeiten, jedoch Ausländer bleiben will, kann nicht ernsthaft verlangen, an den politischen Entscheidungen in unseren Kommunen mitzuwirken, da er die dort getroffenen politischen Entscheidungen eben auf längere Sicht nicht tragen und verantworten will. In jeden Musik- und Sportverein muß man erst als Mitglied eintreten, wenn man den Vorstand wählen und beim Vereinsbeitrag mitbestimmen will. Auch in unseren Gemeinden werden sehr

viele langfristig wirkende Entscheidungen, wie z. B. Aufstellung von Bebauungsplänen, Ausbau öffentlicher Verkehrsmittel, Zukunftsinvestitionen in Abwasser- und Abfallbeseitigung und dergleichen, getroffen.

- Die eigentlich die Ausländer in ihrer besonderen Situation interessierenden Fragen, wie z. B. Aufenthaltsrecht, Schulwesen, Arbeits- und Sozialpolitik werden auf Bundes- und Landesebene, d. h. im Bundestag und in den Landtagen entschieden. Ein Kommunalwahlrecht brächte den Ausländern gerade auf diesen Gebieten keine neuen Einflußmöglichkeiten.

- Würde ein Wahlrecht gewährt, könnte eine Wahlbeteiligung ausländischer, nationaler Parteien nicht verhindert werden. Wer in den letzten Monaten die Exzesse ausländischer Extremisten im Bundesgebiet verfolgt hat — die Stichworte kurdischer Terrorismus und das Auftreten fanatisierter türkischer Nationalisten genügen —, weiß, daß wir alles andere als Wahlkämpfe von links- und rechtsextremistischen ausländischen Parteien im Bundesgebiet gebrauchen können.

Ich warne davor, die Frage des Kommunalrechts für Ausländer zum Maßstab für eine integrationsfreundliche Ausländerpolitik zu machen. Abgesehen von der verfassungsrechtlichen Problematik gelingt Ausländerintegration nur behutsam und schrittweise. Mit einer vernünftigen Erleichterung der Einbürgerung, insbesondere von Ausländern der zweiten und dritten Generation, wird wesentlich mehr erreicht.

Parteien und politische Willensbildung

Die Parteien sind beunruhigt, sie sind durch das Wahlverhalten der Bürger irritiert, sie machen sich Hoffnungen — vielleicht falsche, vielleicht begründete Hoffnungen auf Wählergruppen der anderen politischen Lager. Öffnung nach links, Öffnung nach rechts, Öffnung in beide Richtungen — welches ist die Mitte, in der die regierungsfähigen Mehrheiten gewonnen werden? Gibt es wirklich eine neue Mitte, welche Thesen, welche Probleme bewegen die Wähler, der in den letzten 15 Jahren mit seinem Lebensstil auch sein Wahlverhalten geändert hat?

Dies sind Fragen, denen sich das Institut für politische Bildung der Konrad-Adenauer-Stiftung mit seinen Tagungen zur Parteienlandschaft zuwendet.

1. Termin: 20.—22. August 1987 in Schloß Eichholz, Wesseling

Thema: Die Grünen und ihr politisches Profil — Zielsetzungen, Aktionsformen und Verhalten in der parlamentarischen Praxis.

Themenschwerpunkte:

- Realos, Fundis, Zentralos — Zur Entstehungsgeschichte der Grünen
- Wer wählt die Grünen? Wer repräsentiert die Grünen?
- Zwischen Mitarbeit und Totalopposition — Die Arbeit der Grünen in den Parlamenten
- Überlegungen zur politischen Strategie — Gibt es Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit den Grünen?

2. Termin: 26.—29. August 1987 in Schloß Eichholz, Wesseling

Thema: „Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes

mit“ — Betrachtungen zur Parteienlandschaft in der Bundesrepublik Deutschland.

Themenschwerpunkte:

- Die Parteien und das Grundgesetz — Zur rechtlichen Stellung der Parteien in der parlamentarischen Demokratie
- Die Entwicklung der politischen Parteien in der Bundesrepublik Deutschland unter besonderer Berücksichtigung des Wandels von Lebensstil und Wahlverhalten der Bürger
- Sie haben Tradition — Zu den ideengeschichtlichen Wurzeln der Parteien und deren Auswirkungen auf politische Entscheidungen
- An der Basis geht es los — Zu Fragen innerparteilicher Willensbildung und Entscheidungsfindung

Teilnahmebedingungen:

Unterkunft und Verpflegung sind frei; Tagungsbeitrag DM 40,—; Fahrtkosten-erstattung in Höhe einer Rückfahrkarte
2. Klasse der Deutschen Bundesbahn (Eigenbeteiligung DM 20,—).

Anmeldungen nimmt entgegen:

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Institut für politische Bildung
Schloß Eichholz, Postfach 1331
5047 Wesseling
Telefon (02236) 707-222 oder 233
Telex 889727 kas d

Zitat

„Wahlen sind keine angesparten Bausparverträge, auf denen man die nächste Wahl systematisch aufbauen kann.“

Heiner Geißler, CDU-Generalsekretär

Die Kanzlermedaille



Abbildung der Vorder- und Rückseite leicht vergrößert

Zur Ehrung von Jubilaren, als Dank an verdiente Mitglieder und als repräsentatives Geschenk der CDU-Verbände für viele denkbare Anlässe, u. a. 40 Jahre CDU, gibt es die Bronzemedaille mit den Portraits der Bundeskanzler Konrad Adenauer und Helmut Kohl.

Mit dieser Bronzerausführung der auch in Feinsilber aufgelegten Medaille wird einem oft geäußerten Wunsch der Parteilgliederungen nach einer preiswerten Geschenk- und Auszeichnungsmedaille entsprochen.

Die Kanzlermedaille in Bronze ist geprägt aus 3 mm starkem Messingrohling, handpatiniert und anlaufgeschützt. Ihr Durchmesser beträgt 50 mm, das Gewicht ca. 43 Gramm.

In dem repräsentativen blauen Etui mit

paßgenauer Einlage für die Medaille ist im Deckelkissen der Text „Als Dank und Anerkennung, Ihre CDU“ eingedruckt. Dieser Satz läßt somit eine Vielzahl von Verwendungsmöglichkeiten zu.

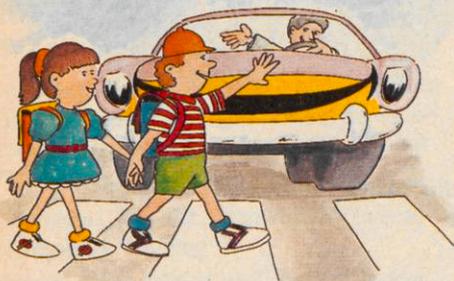
Der Einzelpreis beträgt 19,80 DM (einschließlich Etui und 14 Prozent Mehrwertsteuer) zuzüglich Versandkosten (bei Einzelversand 3,50 DM). Rabatte für größere Stückzahlen können bei der nachstehenden Bestelladresse angefragt werden.

Die Bestellungen können direkt aufgegeben werden bei

Bonner Werbe-GmbH
Abteilung Vertrieb
Konrad-Adenauer-Haus
5300 Bonn 1
Telefon (02 28) 5 44-2 29

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1

Liebe Autofahrer,
Bitte Vorsicht!



Schule hat begonnen.

CDU
Die Zeitungs

CDU-Plakat zum Schulanfang

Nach den großen Ferien beginnt für viele Kinder ein neuer Lebensabschnitt: die Schule. Damit die Abschnützen einen sicheren Schulweg haben, appelliert unser neues Plakat an die Vorsicht der Autofahrer. Dieses Sympathie-Plakat in der Größe DIN A1 eignet sich vor allem zur Aufstellung an den Schulwegen und ihren Gefahrenpunkten.

Bestell-Nr.: 8984

Mindestabnahme: 50 Stück

Preis pro Mindestabnahme:
25,— DM

Bestellungen an:

IS-Versandzentrum, Postfach 1328, 4804 Versmold

UID

24/87

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:** Rolf Streubel, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, Btx-Nr. * 544 11 # **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44-3 04. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lütjhe.
Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 48,— DM. **Einzelpreis** 1,20 DM. **Druck:** WA-Druck, Düsseldorf.